

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg – Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

09.11.2022

MdL Daniel Seiffert

TOP 2

Regierungserklärung zum Thema

Aktuelle Situation der Energieversorgung

In Verbindung mit:

a) Beratung des Antrages der Fraktion der AfD

**Energiekosten – Soforthilfe für private Haushalte,
Kommunen, Unternehmen, Vereine und Soloselbstständige**

- Drucksache 8/1480 -

in Verbindung mit:

b) Beratung des Antrages der Fraktion der CDU

**Aufstockung und Einrichtung weiterer Härtefallfonds sowie Errichtung eines
wirksamen Rettungsschirms zur Milderung der Folgen der Energiekrise**

- Drucksache 8/1474 -

in Verbindung mit:

c) Beratung des Antrages der Fraktion der FDP

Keine Steuerbürokratie aufbauen für die Gaspreisbremse und andere direkte Hilfen

- Drucksache 8/1487 -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gasspeicher sind über 99 Prozent voll. Das würde bei in den Wintermonaten üblichem Verbrauch zwei bis maximal zweieinhalb Monate reichen. In den vergangenen Wochen spielte uns das milde Wetter in die Hände. Auch dank dem goldenen Oktober wurde weniger Gas verbraucht. Nun wird es kälter und der Füllstand der Gasspeicher ist erstmals seit Wochen am 4. November (letzten Freitag) leicht gesunken. Grund genug für den Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, umgehend zum Sparen aufzurufen. Ich für meinen Teil nehme war, dass alle sehr bewusst heizen. So lange wie möglich blieb die Heizung aus. Das Thermostat steht auf zwei. Nicht alle Räume werden überhaupt beheizt. Allein angesichts der Kosten wird gespart, wo es geht.

Gas wird aktuell aus Norwegen, den Niederlanden und Belgien importiert. In Belgien und den Niederlanden landen Schiffe mit LNG an. Von den Häfen aus gelangt das Gas über Pipelines nach Deutschland.

Die Deutsche ReGas geht davon aus, dass ab Dezember in Lubmin LNG angelandet und ins Netz eingespeist werden kann. Seit 12 Tagen liegen alle notwendigen Unterlagen für die Genehmigung des LNG-Terminals vor. Damit kann das Verfahren starten und wird mit voller Kraft durchgezogen. Zwar wurden schon eine ganze Reihe Vorarbeiten geleistet. So gibt es Teilgenehmigungen und seit September wird der Hafen vertieft und der Kai umgebaut. Aber erst mit den vollständigen Unterlagen der Deutschen ReGas konnte in dieser Woche die öffentliche Auslegung und Beteiligung beginnen.

Damit haben auch alle Interessierte der Region die Chance, Einzelheiten über das Vorhaben zu erfahren. Öffentlichkeit und alle Träger öffentlicher Belange haben Gelegenheit, Stellung zu nehmen. Das Verfahren soll so zügig wie möglich, muss aber auch in der erforderlichen Gründlichkeit, durchgeführt werden. Da stimme ich mit Minister Dr. Till Backhaus völlig überein, trotz aller gebotenen Eile muss ein rechtssicheres Verfahren garantiert sein. Unbestritten spielt der Standort Lubmin eine herausragende Rolle für die Versorgungssicherheit zunächst mit Erdgas. Schon heute denken wir jedoch weiter und setzen alles daran, dass so schnell wie möglich Erdgas von Wasserstoff abgelöst werden kann. Die Deutsche ReGas betreibt eine offene und transparente Informationspolitik, zuletzt beim Informationsabend am 1. November. So wurde auch darüber informiert, dass das Vergabeverfahren für langfristige Regasifizierungskapazitäten beendet ist. Das Buchungsinteresse überstieg die Kapazitäten. Damit sieht es die Deutsche Regas als gesichert an, dass das LNG-Terminal ab Dezember ausgelastet sein wird und einen wichtigen Beitrag zur Versorgung Deutschlands mit Erdgas leisten kann. Auch mit dem LNG-Terminal in Wilhelmshaven kommt man voran. Die Pipeline ist zur Hälfte fertig. Denn anders als in Lubmin muss erst eine 26 km lange Pipeline verlegt werden, die das Terminal mit der bestehenden Gas-Fernleitungsnetz in Etzel verbindet. Auch hier soll möglichst um Weihnachten herum LNG importiert werden. Wir sind also auf einem guten Weg, ohne Gasmangellage durch diesen Winter zu kommen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der unlängst erfolgten öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses (27.10.22) zu Fortschritten und Perspektiven bei Wind- und Sonnenenergie sowie Wasserstoff war eindeutiger Tenor, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren viel zu lange dauern und deutlich verkürzt werden müssen. Die Experten haben ein ganzes Bündel an notwendigen Maßnahmen benannt, die es anzupacken und umzusetzen gilt. Ich glaube, außer mit der AfD gibt es fraktionsübergreifend Konsens, dass wir handeln wollen und müssen. Ich kann Ihnen versichern, die Fachressorts der verschiedenen Ministerien und die Regierungsfractionen sind seit Monaten kräftig dabei, die Kuh vom Eis zu holen. Es gilt Aufgabenzuordnungen zu optimieren wie etwa mit dem Gesetzentwurf, den wir in dieser Sitzung noch behandeln werden. Es gilt Bundesregelungen in Landesrecht umzusetzen und Verfahrensabläufe zu straffen. Es gilt Fristsetzungen vorzunehmen und bei Nichteinhaltung als Zustimmung zu werten. Es gilt den Vorrang der Erneuerbaren Energien in allen Abwägungsvorgängen zu etablieren und dabei auch über viele Schatten zu springen. Damit meine ich neu justierte Artenschutzregelungen, die weniger auf jeden Horst, sondern künftig auf die Population abstellen. Und ich meine, dass pragmatische Lösungen zu finden sind, die dem Denkmalschutz und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Rechnung tragen. Ein beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren steht außer Frage, um Energiesicherheit zu erwirken und uns so schnell wie möglich von fossilen Energiequellen unabhängig machen. Die soziale Komponente der Energiewende kommt bislang jedoch zu kurz. Das kritisiert die Linksfraktion seit vielen Jahren. Und das muss sich endlich ändern. Wir brauchen dringend eine Reform der Netzentgelte. Für das kommende Jahr wurden insbesondere für Mecklenburg-Vorpommern hohe Steigerungen bei den Netzentgelten angekündigt. Die Netzentgelte werden bei der E.DIS Netz um 50 Prozent für Haushaltskunden und bei der WEMAG zwischen 23 und 30 Prozent für die verschiedenen Kunden steigen. Das macht den Strom noch einmal 2 bis 4 Cent je Kilowattstunde teurer! Neben den geplanten Investitionen in das Stromnetz, entfallen die Steigerungen vor allem auf die Kosten, die durch Entschädigungszahlungen bei Überlastungen im Verteilnetz entstehen. Mit anderen Worten durch Abschaltung von Windparks. Im E.DIS Netz wird nach Informationen der Bundesnetzagentur gegenüber dem NDR im kommenden Jahr jeder dritte

Euro für die Entschädigungen auszugeben sein. Auch die Netzbetreiber haben im Rahmen der Anhörung darauf hingewiesen, dass es dringend einer Reform der Netzentgelte bedarf. Bislang fehlten im Bundesrat Mehrheiten für eine entsprechende Bundesratsinitiative, die eine bundesweit solidarische Wälzung der Netzkosten zum Ziel hat. Mecklenburg-Vorpommern schloss sich jüngst der Forderung Niedersachsens zur Schaffung von Strompreiszonen an. Auch eine Übernahme der Kosten durch den Bund wäre denkbar. Mittlerweile ist dieser Systemfehler endlich auch auf der Bundesebene angekommen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat ein von Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern in Auftrag gegebenes Gutachten mit Lösungsvorschlägen geprüft. Aktuell wird nach einer mit dem EU-Recht vereinbareren Lösung gesucht. Bleibt abzuwarten, dass es zügig gelingt, eine sozial gerechte Lösung zu finden.

Die hohen Strompreise sind zudem ein echter Wettbewerbsnachteil. Energieintensive Unternehmen sollten sich eigentlich dort ansiedeln, wo der Strom erzeugt wird. Tun sie aber nicht, solange sie im Süden weit weniger zahlen.

Eine Lösung sehen wir in der Wasserstofftechnologie. Überschüssige Erneuerbare Energie wird für die Wasserstoffproduktion genutzt. In Mecklenburg-Vorpommern werden in den kommenden Jahren fünf IPCEI-Projekte umgesetzt werden, die mittels Elektrolyseuren Wasserstoff herstellen bzw. sich mit dem Transport von Wasserstoff befassen. Das Land wird die Bundesförderung kofinanzieren und damit Finanzierungslücken schließen. Es handelt sich um Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von über 700 Millionen Euro. Der Aufbau der Wasserstoffwirtschaft wird dazu beitragen erzeugte Erneuerbare Energie innerhalb des Landes zu nutzen und auch die Wertschöpfung im Land zu behalten. Damit hat Mecklenburg-Vorpommern zugleich gute Chancen, sich von fossiler Energie unabhängig zu machen, die Energieversorgung zu sichern und zukunftsfähiger zu werden.

Vielen Dank.